

Antrag DZ-08: Demokratie schützen – Rechtsradikalismus bekämpfen

Antragsteller*in:	AWO Bezirksverband Mittelrhein e.V.
Status:	angenommen mit Änderung
Sachgebiet:	DZ - Demokratie & Zivilgesellschaft

1 Die Medienberichterstattung über das „Geheimtreffen“ der AfD in Potsdam, in dem über
2 eine „Remigration“ großen Ausmaßes von zugewanderten Menschen diskutiert wurde, zeigt
3 welche menschenverachtende Gesinnung vorherrscht. Dieser Euphemismus ist ein anderes
4 Wort für Deportation. Dieses Wort erinnert an die dunkelste Zeit unserer deutschen
5 Geschichte. Hier gilt es mit Shakespeare zu sagen: „Wehret den Anfängen!“ Eine solche
6 Gesinnung in unserer Gesellschaft kann von uns als AWO nicht toleriert werden.

7 Nicht umsonst heißt es in unseren Leitsätzen:

8 „Wir unterstützen Menschen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, und fördern ein
9 demokratisches Zusammenleben in Solidarität und Achtung vor der Natur.“

10 „Wir streiten für eine demokratische Gesellschaft in Vielfalt und begegnen allen
11 Menschen mit Respekt.“

12 Diese Leitsätze gewinnen in der heutigen Zeit an besonderer Bedeutung. Wir begrüßen
13 und unterstützen die gesamtgesellschaftlichen Bündnisse aus Gewerkschaften, Parteien,
14 Kirchen und Wohlfahrtsverbänden und vielen anderen gesellschaftlichen Kräften, die in
15 Deutschland und auch an vielen Orten in unserem Verbandsgebiet gegen
16 Rechtsradikalismus auf die Straße gehen. Das ist ein starkes Zeichen, dass unsere
17 Demokratie wehrhaft ist und dass sich die Menschen mit den Bedrohungen nicht abfinden
18 möchten. Die politisch Verantwortlichen aller demokratischen Parteien sind
19 aufgefordert, durch eine transparente Kommunikation, dafür Sorge zu tragen, dass die
20 Menschen in unserem Land mit ihren Ängsten und Sorgen wahr- und ernstgenommen werden.
21 Nur so kann es gelingen, dass der Rechtsradikalismus in Deutschland nicht die
22 Oberhand gewinnt.

23 Schon Erich Kästner hat seinerzeit festgestellt: „Die Ereignisse von 1933 bis 1945
24 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen. Später war es zu spät. Man darf nicht
25 warten, bis der Freiheitskampf Landesverrat genannt wird. Man darf nicht warten, bis
26 aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist.“

27 Dies gilt heute noch genauso. Deshalb ist Wachsamkeit das oberste Gebot!
28 Unser Grundgesetz wird am 23. Mai diesen Jahres 75 Jahre alt. Unsere Verfassung hat
29 sich in dieser Zeit, trotz aller Änderungen, als Verteidigerin der repräsentativen
30 Demokratie in unserem Land bewährt. Es ist unsere Pflicht und Aufgabe sich
31 als demokratischer Wohlfahrtsverband dafür einzusetzen, dass die Werte unserer
32 Verfassung geschützt werden und jeder Mensch, er bei uns lebt vor rechtsradikalen
33 Agitationen geschützt wird.

34 Der AWO-Kreisverband Rhein-Oberberg e. V. unterstützt die gesamtgesellschaftlichen
35 Bündnisse im Kampf gegen Rechtsradikalismus.

36 Der AWO-Kreisverband Rhein-Oberberg e. V. und die ihm angeschlossenen Ortsvereine
37 verpflichten sich, im Rahmen seiner Tätigkeiten, die Demokratie und die Integration
38 zu stärken. Der AWO-Kreisverband Rhein-Oberberg e. V. und die ihm angeschlossenen

39 Ortsvereine verpflichten sich, bereits bestehende Initiativen zur Stärkung der
40 Demokratie und zur Bekämpfung von Rassismus fortzuführen.

41 **Unsere Forderungen**

42 Die AWO hat die Pflicht und die Aufgabe sich als demokratischer Wohlfahrtsverband
43 dafür einzusetzen, dass die Werte unserer Verfassung geschützt werden und jeder
44 Mensch der bei uns lebt vor rechtsradikalen Agitationen geschützt wird.

Begründung

Die AWO hat die Pflicht und die Aufgabe sich als demokratischer Wohlfahrtsverband sich dafür einzusetzen, dass die Werte unserer Verfassung geschützt werden und jeder Mensch der bei uns lebt vor rechtsradikalen Agitationen geschützt wird.